

die Vergrößerung des sozialdemokratischen Einflusses uns schließlich zu einem Frieden um jeden Preis bringen muß. Wir alle sind einig in der Ablehnung der Bedingungen, an denen unsere Freunde noch festhalten und entschlossen, bis zum siegreichen Ende zu kämpfen. — Abg. Freiherr v. Camplungert sich über die Parlamentarisierung und fragt, wie sich die Regierung dazu stellt. Mit der Rede des Reichskanzlers, namentlich über die Diktage, erklärt er sich einverstanden. Esch-Schötenbrunn als selbständigen Staat zu schaffen, hat Schwierigkeiten und Bedenken. Die Schaffung eines Völkerbundes ist sehr schwierig. Die Ausfichten für das Zustandekommen der preussischen Wahlreform haben sich nach meinem Wissen gebessert. — Abg. Ledebour (L. S.): Die heutige Erklärung des Reichskanzlers hat wohl auch die Forderungen des Zentrums nicht voll erfüllt. Noch nicht klar ist, ob der Mittelstand den Grafen Hertling weiter zu führen gedenkt. Die Lage muß in offener Sitzung des Reichstages geklärt werden, dessen baldige Einberufung ich hiermit beantrage. Das deutsche Volk soll selbst bestimmen, wie es regiert werden soll.

In der Nachmittagsitzung führt zunächst Abg. Ledebour in seiner Rede weiter aus: Die Forderungen der Sozialdemokraten, die in diesen Tagen veröffentlicht worden sind, sind uns nicht weitgehend genug. Die Regierung muß der Verwaltungsgewalt des Reichstages sein, und dieses soll in Fragen des Volkes über sein eigenes Schicksal entscheiden. — Abg. Seyda (Volk): Wir wollen nicht die Regierung zurückhalten, sondern sie zu einer entsprechenden Parlamentarisierung und Demokratisierung zwingen. Auch wir bekämpfen das bürokratisch-militärische System. Die Zusage des Staatssekretärs v. Dintze, daß die politischen Wünsche erfüllt werden sollen, ist erfreulich. An der Regelung der politischen Frage sind nicht nur die Zentralmächte interessiert, sondern ganz Europa.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vormittag vertagt.

Presseschriften zur inneren Lage.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: Der gesamte Reichstag hat jetzt durch seine Führer gesprochen. Eine vollständige Aufklärung der schwierigen Situation hat auch der gestrige Tag nicht gebracht. — Wie die „Völkische Zeitung“ schreibt, ließ der gestrige Bericht der Beratungen im Hauptauschuß erkennen, daß tatsächlich eine Kanzlerkrisis besteht. Daran hat auch die Erklärung des Grafen Hertling nichts geändert. Wenn man davon Abstand genommen hat, die Sache auf die Spitze zu treiben, so ist man sich in der überwiegenden Mehrheit klar darüber, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung nur eine Frage ganz kurzer Zeit ist. Bis zu diesem Zeitpunkt kann Graf Hertling in seinem Amte bleiben. — Der „Volksanzeiger“ spricht von Abg. Lagasch als einer, die der Reichskanzler gestern den Mehrheitsparteien angeboten habe. Unsere Soldaten an der Front werden ermuntert aufzuwachen, was das für Sorgen sind, mit denen man sich in der Heimat nahezu ausschließlich beschäftigt. Man könne es dem Grafen Hertling nachfühlen, daß er es für unwürdig hielt, das Versprechen, in dem sich die Mehrheitsparteien gegenüber dem Vorhinein selbst aufgestellten Programm der Parlamentarisierung gefaßt. — Das „Berliner Tageblatt“ sagt: In den Mehrheitsparteien herrscht allgemein die Auffassung, daß die Krise fortbesteht, daß sie aber einen schleichen Charakter annehmen scheint. — Die „Tägliche Rundschau“ sagt: Die Krise soll gewaltsam aufrecht erhalten bleiben, damit die Räte ihre Geschäfte machen kann.

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es: In einem anderen Lande wäre es unheimlich, daß eine Parlamentarische Mehrheit in der Reichsregierung arbeitet, weil er ihre innerpolitisch nicht gefällt. In Deutschland betrachtet die Mehrheit sich als den starken Mann. Wer sie nicht nicht daran, ihr Interesse und ihre Kräfte auf den Krieg zu konzentrieren. — Die „Post“ führt aus: Die sozialdemokratischen Bedingungen können sich nur auf die Führung beziehen. Wenn die militärische Leitung jeden Einflusses entbehrt und die jetzige Reichstagsmehrheit die Reichspolitik in die Hand bekommen würde, dann wäre das Ende aller Organisation gekommen, dann hielten russische Zustände bei uns ihren Einzug. — Wie ernst die Krise ist, sagt

der „Vorwärts“, in der wir uns befinden, scheint das Verhalten aller bürgerlichen Parteien gegenüber dem Plan, Sozialdemokraten zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, zu zeigen. Dieser Plan besteht weiter fort, auch nachdem die Parteiführer ihre Bedingungen aufgestellt hatten, die vom sozialdemokratischen Standpunkte unerlässlich sind. Auffällig ist, daß sich auch die nationalliberale Presse mit dem Gedanken des Eintritts von Sozialdemokraten in die Regierung befreundet hat, obwohl die parteiamtliche Korrespondenz die sozialdemokratischen Bedingungen als ganz unannehmbar erklärt hat. Wer die sozialdemokratischen Bedingungen für unannehmbar hält, müßte doch eigentlich den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung aufs äußerste bekämpfen. Daß dies von nationalliberaler Seite nicht geschieht, ist auffällig und ein Zeichen dafür, wie notwendig man in der gegebenen Situation die Sozialdemokratie zu gebrauchen glaubt.

Die Wahlrechtsvorlage in der Herrenhauskommission.

(W) In der Sitzung der Herrenhauskommission für die Wahlrechtsvorlagen vom Donnerstag, den 26. J. lag ein von der Unterkommission ausgearbeiteter neuer Entwurf für die Zusammenfassung des Herrenhauses vor, der der Weiterberatung zu Grunde gelegt wurde. In diesem Entwurf ist grundsätzlich der Gedanke der Verfassung und Interessensvertretung abgelehnt, der in der Regierungsvorlage und noch mehr in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung zum Ausdruck kam, dagegen unter Anlehnung an das geographisch gebundene ein weiterer Ausbau des Herrenhauses im Sinne der königlichen Vorlage durch Neuaufnahme, ferner, durch die Abgrenzung ihrer Mitglieder aus geographischer Männer“ vorgehen, wobei insbesondere Handel und Industrie ein erheblicher Anteil gewährt wird. Der Minister des Innern erklärte, daß nach der Meinung der Staatsregierung der Regierungsentwurf der Fassung, die der Entwurf in dem Unterhaus gefaßt wurde, vorzuziehen sei. Insbesondere müsse es Bedenken begegnen, daß nach der Kommissionsfassung das künftige Herrenhaus eine zu hohe Mitgliederzahl haben werde, da die bisherigen Berechtigungen in einem über den Regierungsentwurf hinausgehendem Maße aufrecht erhalten worden seien. Immerhin könne aber auch die von dem Unterhaus beschlossene Fassung als eine brauchbare Grundlage angesehen werden. Aus dem Unterhaus wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß nach dem Entwurf der Unterkommission der Bestand des Herrenhauses demnach nicht wesentlich die in der Regierungsvorlage vorgesehene Ziffer übersteigen würde. Dann trat die Kommission in die Einzelberatung des Entwurfs ein. Soweit bisher Abstimmen erfolgt, ergibt sich nach folgendes Bild: Es gehören dem Herrenhaus auch weiterhin an 1. die bisher in ihm befindlichen Erblichberechtigten. Doch soll unter gewissen Voraussetzungen ein Erbsitz dieser Berechtigung stattfinden; 2. auf Grund ihres Amtes die Ersten Bürgermeister der Städte, die bisher das Recht der Präsentation hatten, sowie 8 weitere Städte, denen dieses Recht durch königliche Verordnung verliehen werden kann. Ferner der zweite Bürgermeister der Stadt Berlin. Es treten kraft ihres Amtes ein die Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern, ferner sollen 5 Mitglieder der evangelischen Kirche und 3 römisch-katholische Bischöfe berufen werden. Ein Präsentationsrecht sollen in Zukunft haben in bisherigem Umfang die Verbände der durch ausbreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter. Die Verfassung über die weiteren Kategorien wird voraussichtlich in der heutigen Sitzung erfolgen, in der beabsichtigt ist, die Beratungen über die Herrenhausvorlage zu Ende zu bringen.

Der Kriegsminister auf Urlaub.

(H) Das Fernbleiben des Kriegsministers von Stein von den letzten Sitzungen des Hauptauschusses ist nach dem „Tag“ darauf zurückzuführen, daß Herr von Stein infolge starker Ueberarbeitung schon seit einiger Zeit beurlaubt ist.

Der Geheimlaß des Kriegsministers.

(H) Die „B. Z. am Mittag“ ist in der Lage, den Geheimlaß des Kriegsministers, der in der Sitzung des Reichstagsauschusses vorgelesen und einer scharfen Kritik unterworfen wurde, zu veröffentlichen. Der Erlaß ist datiert vom 8. Juli und lautet: „Die Zentralstelle „Völkervet“ und die „Deutsche Friedensgesellschaft“ entwickeln wieder große Propagandatätigkeit. Von beiden Stellen sind Aufforderungen an Auszubildende,

Ortsgruppen und Vertrauenspersonen e'ngangen, in Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentscheidung vom 19. Juli 1917 einzutreten. Da ihren Organisationen die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nicht gestattet wird, sollen freie Bürgerausschüsse gegründet werden, um solche Versammlungen zu ermöglichen. Wo auch dieses Verfahren nicht zum Ziele führt, wird die Abhaltung geschlossener Versammlungen empfohlen. Vielfach sollen Versammlungen, zu denen öffentlich eingeladen wird und jedermann Zutritt hat, von den Behörden als geschlossene Versammlungen gesteuert werden, falls nur die Form der Ausgabe von Eintrittskarten gewahrt wird. Die Tagesordnung soll einheitlich lauten: „Welchen Frieden braucht unser Volk?“ Ebenso ist für die zur Annahme zu bringende Resolution gleichlautender Text herausgegeben. Zur Gewinnung von Rednern bietet die Deutsche Friedensgesellschaft unter Herausgabe einer Rednerliste mit Themenangabe die Vermittlung ihres Sekretariats an. Die vorgeschriebene Bewegung ist eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus. Unter Hinweis auf meinen Erlaß vom 17. November 1915, Nr. 3740, 15, g. A. 1, erlaube ich, die Abhaltung der in Aussicht stehenden Versammlungen und Reden zu verhindern.

Der Erlaß ist an sämtliche Minister des Innern der einzelnen deutschen Bundesstaaten gerichtet. Die Minister des Innern müssen auf Grund des bestehenden Gesetzes über den Belagerungszustand den Anordnungen des obersten Militärbefehlshabers Folge leisten.

Der Zentrum stärkt die Politik des Reichskanzlers.

(TU) Die „Germania“ erklärt, daß die außerhalb der Öffentlichkeit geführten Verhandlungen über die sachlichen Grundlagen für eine neue Einigung an der grundsätzlichen Stellung des Zentrums zur Kanzlerfrage, wie sie die Zentrumstraktion am Montagabend festgelegt hatte, nichts geändert haben. Das Blatt tritt allen Versuchen der linken Presse, die Rede Gröbers im gegenteiligen Sinne auszulegen, auf das entschieden entgegen. Das Zentrum ist also noch wie vor bereit, die Politik des Reichskanzlers zu stützen.

Enatlicher Bericht aus Palästina.

(W) Englischer Seeresbericht aus Palästina vom 25. September: Derich des Jordan nähern sich unsere Truppen Ummon in der Forderung des Friedens, welcher sich in dieser Richtung zurückzieht. Wörlch dieser Station wurden durch arabische Streitkräfte bedeutende Verluste an der Eisenbahn ausgeführt. Andere arabische Streitkräfte bedrohen den Feind, der sich nördlich Maan zurückzieht. Die Gesamtzahl der Gefangenen erhöhte sich auf 40.000, nicht weniger als 25 Geschütze wurden erbeutet.

Chaos in China.

(TU) Die „Times“ melden aus Peking: In China herrscht vollständiges Chaos. Die Kämpfe zwischen Nord und Süd seien auf dem toten Punkt angekommen, und das Land werde von Räubern überfüllt. Wie die chinesische Presse mitteilt, hat der englische Gesandte in Peking dem Ministerium des Aeußeren die Vermittlung Englands und Amerikas angeboten. In chinesischen verantwortlichen Kreisen gewinnt, wie die „Times“ behaupten, die Ueberzeugung immer mehr an Kraft, daß die Verhältnisse starke Maßnahmen erfordern müssen, um dem Streit im Innern Chinas ein schnelles Ende zu bereiten.

„Das Schwarze Meer ein deutscher See“.

Die „Daily Mail“ ist mit der Lage im Osten gar nicht zufrieden. Sie schreibt am 20. d. Mts.: Während die Verbindungen im Westen ausgezeichnete Fortschritte machen, bietet der Osten ein wesentlich anderes Bild. Dazu, die berühmte Petroleumstraße am Kapspiden Meer, ist von der kleinen britischen Flotte geräumt worden, die in einem romantischen Zuge dorthin geschickt wurde. Die Stadt ist gefallen durch den Verrat der Armenier, denen wir zu Hilfe kommen wollten. Damit haben die Deutschen eine direkte Verbindungslinie nach dem Kapspiden Meer und dem mittlern Osten gewonnen, an Stelle der Bagdadlinie, die unsere meopotamischen Streitkräfte so glänzend zerstört haben. Das Schwarze Meer ist ein deutscher See, auf dem die deutsche Schifffahrt den Verkehr befördert. Dem Feind steht ein guter Weg nach Mittelafrika offen, und viele Deutsche werden diesen Gewinn als vollen Ersatz für ihre Kriegsverluste betrachten. Und das ist noch nicht alles. In Ostafrika sind deutsche Truppen an der Seite der brutalen Völkerverhetzer erschienen und haben die Tschado-Schwaben von der Wolga und von Kasan zurückgetrieben. Die

wiederholten Warnungen unsers Berichterstatters im fernem Osten haben sich alle als nur zu gerechtfertigt erwiesen. Seitdem ist es nicht sicher, daß die Verbindungen mit aller Energie Verstärkungen dorthin senden, um die Tschado-Schwaben zu retten. Sie verlieren noch kostbare Zeit mit diplomatischen Reden und Erörterungen. Soll Afrika nicht völlig in die Hände der Deutschen fallen, und ihnen sowohl Mannschaften wie Lebensmittel und Munition liefern, so müssen die Verbindungen etwas stärker werden und müssen Japan freie Hand lassen. Man kann ihm Vertrauen schenken, nur das englische Volk weig.

Audre Leute im Verbanne scheinen das letztere nicht so genau zu wissen, sonst dürften wohl nicht so viele diplomatische Erörterungen notwendig sein.

Die Kohnenot.

nimmt in den Verbandsländern immer drohenderen Formen an. Der Economist entwickelt in einem längeren Aufsatz die Gründe dafür und fordert die Vergleiche energisch auf, wenigstens ihrerseits nicht noch weiter zum Rückgange der Förderung beizutragen. Gegen die Wirkungen des U-Boottkrieges, der den Schiffsraum verengt und die Arbeiter durch die schlechte Ernährung minder leistungsfähig macht, kann aber selbst der bestgemeinteste Aufsatz und die energischste Forderung nichts machen. In Italien wächst die Kohnenot freierartig aus. Die Holzvorräte reichen schon lange nicht aus, den Bedarf zu decken. Waldvertehr und Deizung sind auf das allerdingste eingeschränkt, dies schon im Sommer. Was wird der Winter bringen. Womit sollen die Leute heizen und kochen? Wie frisch die Lage ist, beweist der Umstand, daß neuerdings (wohlgemerkt im Sommer) eine Reihe von Winternachtsfällen wegen Kohnmangels geschlossen werden mußten. Unter diesen Verhältnissen bleibt im Winter für den Hausgebrauch so gut wie nichts verfügbar, wenn nicht ganz besondere Zufuhren noch nach Italien kommen. Daß dies nicht geschieht, dafür werden die U-Boote sorgen.

Die „Kreuzzügler“.

(AB) Das Maß der amerikanischen Kriegsverblendung erblickt aus einem Gebet, mit dem die Sitten gemäß der Geistlichen Condon jüngst eine Sitzung des Repräse-tantenhauses in Washington eröffnete. Wie die amerikanischen Wälder wärdeten, betete der fromme Mann: „Herr, unser Gott, erlöse uns von der Hinfälligkeit-Amerikanern, den Freunden Deutschlands, den Sionien, den Russen, den Friedensfreunden, den Trübsalsern und von allen Leuten, welche die Fortführung des Krieges für Recht und Gerechtigkeit, für die Begründung eines dauerhaften Friedens und für die Sage Jesu Christi aufhalten möchten.“

Kleine Kriegsnachrichten.

Wie Wolff erzählt, hat die deutsche Regierung dem Schweizerischen Gesandten eine Protestnote zum Uebermittlung an die Regierung der Vereinigten Staaten überreicht, in der Verwahrung gegen Benutzung von Schrotflinten durch amerikanische Soldaten eingeleitet wird.

Der ehemalige russische Gesandte in Bern verhaftet worden.

Das römische Kriegsgericht hat 69 Ausländer zu langjähriger Zuchthausstrafe und ihre Räubersführer zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Zeichnet Kriegsanleihe!

Es zeichneten: Landwirtschaftl. Zentral-Darlehnskasse für Deutschland (Deutsche Reichsbank-Gesellschaft) 100 Millionen; Landesbank der Rheinprovinz (darunter Prov.-Feuer-Vers.-Anst. 5 Mill., Landesverl.-Anst. der Rheinprovinz 15 Mill.) 80 Millionen; Städtische Sparkasse Berlin 80 Millionen; Landwirtschaftl. Provinzial-Darlehnskasse für Brandenburg in Berlin 16 Millionen; Mannesmann-Nachwerke 15 Millionen; Nordhann. Verlehnungsbank Ges. in Berlin 12 Millionen; Städt. Sparkasse Remscheid 5 Millionen; Württembergische Feuer-versicherungs-Ges. Stuttgart 5 Millionen; Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke 3 Millionen; Bankhaus J. D. Stein in Köln 3 Millionen; Sparkasse der Gemeinde Schöps a. Rh. 3 Millionen; Städtischer Schatz des Bezirks-Verb. Kassel 2 Millionen; Sparkasse in Mettmann 2 Millionen; Rudolf-Werke in Berlin 1½ Millionen; Patentpapierfabrik zu Pönnig 1 Million; Volkshaus Zell und Kassel-Werke Frankfurt a. M. 1 Million; Stadt Elberheim 150.000 Mark.

Michel!

Michel! Daß das Schimpfen sein!
Gib! Michmachen fass!
Michel! Maulen ist nicht sein!
Rüste Dich zur Tat!

Michel! Sei' als braver Mann
Stark der ganzen Welt:
Daß der Feinde alles kann!
Michel! Gib Dein Geld!

Michel! Hör' den letzten Pfiff!
Deutscher Adler! Flieg!
Michel! Alle „Reine“ triff!
Holla! Michel! Sieg!

Franz Grosholz.

Drei graue Reiter.

Ein Roman in Feldpostbriefen
von Unny Wothke.

Nachdruck verboten.
Copyright 1917 by Anny Wothke-Mahn, Leipzig.
26. Fortsetzung.

Katinka von Seyden an den Rittmeister
Rennhart von Lüdert.

Rehendorf-West, am 26. Mai 1916.

Sehr geehrter Herr Rittmeister!

Sie sehen, ich bin noch von der alten

Schule, ich nenne Sie „Herr Rittmeister“. Zu

meiner Zeit sagte man auch Frau Deutnant und Frau Major, jetzt heißt es Frau Müller und Frau Schulze, wenn die Offiziersfrauen keinen Adel hat, und die Offiziere führen nur im Dienst ihren Titel. Ich kann nun auf meine alten Tage nicht mehr umlernen, für mich bleiben Sie immer der „Rittmeister“.

Natürlich schreibe ich Ihnen nicht, um Ihnen das auseinander zu setzen — es kam mir nur so — nun, es ist etwas ernsthafteres, das ich Ihnen sagen möchte. Sie sind doch ein verständiger Mann und merne Rechte zusehe, Gott sei's gefügt, ist das unterständigste Geschöpf, das Gottes Erde trägt. Werden Sie es glauben, daß Irlabe sich in den Kopf gesetzt hat, den Bruder von Lutz zu heiraten, bloß weil sie dem Jungen mal in ihrer Jugendzeit ein bißchen den Kopf verdreht hat und der Junge tut, als müsse er sterben, wenn sie ihn nicht nimmt? Der alte Irlabe ist auch ganz verzeihen darauf, aber das weiß ich, Irlabe geht daran zu Grunde, wenn sie wirklich Achim nimmt.

Krankehafte Gefühle muß man mit der Wurzel ausroden. Dafür ist kein Raum in unserer ersten Zeit, wo jeder Mann und jede Frau große Aufgaben zu erfüllen hat. Ich habe nun gesehen, als Sie bei mir waren, sehr geehrter Herr Rittmeister, daß Sie Kopf und Herz auf dem rechten Fied haben, und als ich mit Irlabe bei Ihnen draußen auf Rehendorf war, da habe ich sogar noch mehr gesehen.

Bei meinen zwei Bräuten ist das ja kein Wunder, werden Sie denken, aber selbst der Blinde kann ja mit dem Herzen schauen. Und weil ich keine Scheu wider vor meinen Augen hatte, da möchte eine alte Frau, über

besser gesagt, ein altes Mädchen, Sie bitten: Verhindern Sie, daß Irlabe ihren Schwaiger heiratet. Verhindern Sie es um jeden Preis. Sie können es!!!

Das hätte ich am Ende nicht sagen dürfen? Aber durch Verschweigen und Vertuschen habe ich noch nie etwas erreicht, immer nur dann, wenn ich durch Die und Dumm vorwärts ging. Ich habe meine großen Steibeln an und meine Marschrouten geht „geradeaus“. Den alten Irlabe, dem starkköpfigen Efel habe ich gründlich Bescheid gesagt, obwohl mir ja der Mann leid tut, und ich im Augenblick um seinen zweiten Sohn bangt. Aber ich mußte ihm doch zu Gemüt führen, daß es höchst überflüssig war, Schicksal zu spielen. Das befürchtet der liebe Gott schon allein. Nun kommt es mir fast vor, als ob ich, als Gegenstück zum alten Irlabe, die Efelin wäre, denn auch ich mache mir hier an, Schicksal zu spielen indem ich Ihnen, lieber Herr von Lüdert — Sie sehen ich weiß schon, was Sie gehört — das alles schreibe.

Ja, die alte verschrobene Jungfer in Rehendorf hat nämlich gelernt, in anderer Augen und Herzen zu lesen, seitdem sie selber leer ausgegangen ist im Leben, und da plagt sie dann der närrische Wunsch: Zwei Menschen, die sie lieb hat, helfen zu wollen.

Irlabe darf natürlich nichts von diesem Brief wissen.

Da Irlabe heute nicht nach Rehendorf kann, will ich zu Ihrem kleinen Rudi fahren und ihm Spielzeug von Irlabe bringen. Der Junge wird schöne Augen machen, wenn er meinen großen Schutzhut sieht, der sein Entsetzen ist. Mit Zunderwerk kriegt man

keine Scheu auch nicht weg, aber schließlich wird er ja wohl merken, daß es die Tante herzig gut mit ihm meint.

Ich drücke Ihnen kräftig die Hand, Herr Rittmeister, und ich bin, in der Hoffnung, daß Sie schon das rechte Wort finden werden, Sie habe zur Vermeidung zu bringen.

Ihre Sie hochschätzende
Katinka von Seyden.

Rudi von Lüdert an seinen Vater, den Rittmeister Rennhart von Lüdert.

Rosenhagen, am 26. Mai 1916.

Liebes Vater!

Rudi ist furchtbar traurig. Die Schenke tante ist nicht gekommen und Möbde hat doch Ruchen gebadet. Kommt nicht mehr oft. Da muß Rudi weinen. Alte Tante Katinka ist gekommen. Hat Rudi geküßt. Habe mit — da Mund abgewandt. Ist eilig — so alt — da hat sie aber Rudi so traurig angesehen — Rudi hat ihr die Hand geküßt, da war sie freier. Weißt Du, Vater, sie sieht garnicht so schlimm aus, wie Rudi immer dachte. Gut hat sie abgenommen — ich wollte, ich hätte viel Geld — schenkte ihr einen neuen.

Hat mir was mitgebracht von Tante Irlabe. Will nichts von ihr. Tante Irlabe soll selber kommen. Du mußt es ihr sagen, liebes Vater. Doch, ist der Brief lang!

Es grüßt Dich vielmals

Dein lieber Sohn Rudi.

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen

Frauenbunde

Kolonien

Ramen, 27. Ramener Frauenbunde August d. J. S. der Wöficht, eine Ramen zu gründen des Dortmunds Sandrichter S. führungen an terials über die leiten unserer St zur Gründung d. Wahl des Vorste Frauen dafür g. Geheirat den n Frau Bürgermei führerin Fel. G. Schriftführerin m. meisterin Frau C. Schatzmeisterin J. zu Weißgerinne gewähnt: Frau T. mann, Frau L. h. off, Frau S. e. nede. Schühge. Deutschen Kolon. bezog Johann. libent der Deut. stände des Fra. nationalgesellschaft wig Fehl, Berl. frauenbunde v. Westfalen ist J. heim-einfuhr.

Der n wir. g von. Best. gestide. ten i. einen. ten i. einen, daß. butter, summi. und vieles ande. begessen, daß n. Teil aus unsern. daß wir folger. notwendigen, an. zengbaren Güte. gen wir Koloni. nemlich unsere. Feinde haben n. Kolonien getrag. Deutschland an. barischen Stiele t. gefaßte, die Kol. land dauernd a. Dieses darf and. müssen und wol. den wieder hah. sondern erheblic. sen und wollen. ferigen Pläne. führung kommen. sigkeit und von. duktionsfähigkeit. Frau Landricht. die Zufuhr an. alle Uebersenden. ren zur Mitteil. jährliche Beiträ. teilsändige Pfli. zu bebauern, in. diesen aufklären. vielleicht viel n. tigelt unferer. worden sein, w. großer und w. Kolonialbesitz f. her nicht mehr. den großen Ver. gegen, und u. bekommen, wen. forbert, daß m. hätte. Diese J. lonialbestrebung. liegen wie die. daß uns zu u. notwendigen R. und Welle fehl. Lebensbedürfnis. Produkte schle. mal ernählig. fähigam, was. heißt wird? W. bekommen? W. werke über von. dazu erforderlich. wir nach dem. von der Gnade. abhängig sein, eintreten wird.

So wurde. terants Wipm. Am Wben. kontrakt abge. tat Wächter ei. tange den De. e wurde im. außer dem Ju. amwelt Laun. ten Kollegen i. freundschaftlich.

„Ab, Gär. tich der Julius. Selenburg wa. ans den umie. legen Sie den. „War mid. alte Mann. „Thromannsdor. milaffen.“ „Entlaßen.“ „Das w.

So wurde. terants Wipm. Am Wben. kontrakt abge. tat Wächter ei. tange den De. e wurde im. außer dem Ju. amwelt Laun. ten Kollegen i. freundschaftlich.

„Ab, Gär. tich der Julius. Selenburg wa. ans den umie. legen Sie den. „War mid. alte Mann. „Thromannsdor. milaffen.“ „Entlaßen.“ „Das w.

So wurde. terants Wipm. Am Wben. kontrakt abge. tat Wächter ei. tange den De. e wurde im. außer dem Ju. amwelt Laun. ten Kollegen i. freundschaftlich.

Westfalen u. Rheinland

Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft Ramm.

Ramm, 27. Sept. Eine kleine Schaar kamerader Frauen versammelte sich am 31. August d. Js. im Bergheimischen Saale in der Hofstadt, einen Kolonialfrauenbund hier in Ramm zu gründen. Nachdem die Vorsitzende des Dortmunder Kolonialfrauenbundes, Frau Sandwichter Stäps, in klaren, fesselnden Ausführungen an Hand reichen statistischen Materials über die Werte und Produktionsfähigkeiten unserer Kolonien gesprochen hatte, wurde zur Gründung des Kolonialfrauenbundes durch Wahl des Vorstandes geschritten und folgende Frauen dafür gewählt: 1. Vorsitzende Frau Gehrmann, stellvert. Vorsitzende Frau Bürgermeister Dr. Wiesner, 1. Schriftführerin Frau G. Hofmann, stellvert. Schriftführerin Frau Dr. Schulte, 1. Schatzmeisterin Frau G. Schöber, stellvert. Schatzmeisterin Frau Stadtbaurmeister Kemna. Zu Beisitzerinnen wurden weitere 6 Frauen gewählt: Frau Dr. Wiemann, Frau Kaufmann, Frau Riffmann, Frau Moellenhoff, Frau Schulze-Boeing, Frau H. Schöber. Schutzherr des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft ist: Seine Hoheit Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Vorsitzende des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft ist: Frau Kommerzienrat Hedwig Hehl, Berlin. Vorsitzende des Kolonialfrauenbundes vom Gauverband der Provinz Westfalen ist Frau Durchlaucht Fürstin Bentheim-Simpf.

Wir jetzt bitter fühlen, daß wir zur Zeit von Hemden und vielen anderen gestülpten keine Baumwolle mehr haben, keinen Kaffee, Tee, Kakao mehr trinken, daß uns Reis, Mais, Getreide, Palmöl, Sumatra, Tabak, Kautschuk, Angorabohne und vieles andere fehlt, dann mögen wir nicht vergessen, daß wir diese Produkte zum großen Teil aus unseren Kolonien bezogen haben, und daß wir solcher Güter bedürfen, die uns die notwendigen, auf heimischer Erde nicht erzeugbaren Güter herbeibringen. Dazu brauchen wir Kolonien in tropischen Ländern, vornehmlich unsere Kolonien in Afrika. Unsere Feinde haben nur deshalb den Krieg nach den Kolonien getragen, weil sie wußten, daß sie Deutschland an seiner wirtschaftlich verunsicherten Stelle treffen würden, wenn es ihnen gelang, die Kolonien zu erobern und Deutschland dauernd als Kolonialmacht auszuschalten. Dieses darf und soll ihnen nicht gelingen, wir müssen und wollen unsere Kolonien beim Frieden wieder haben, nicht nur unermindert, sondern erheblich vergrößert, und darum müssen wir alles aufbieten, diese raubgierigen Pläne unserer Feinde nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Von dieser Wichtigkeit und von den großen Werten und Produktionsfähigkeiten unserer Kolonien hat nun Frau Sandwichter Stäps mit ihrem Vortrag die Zuhörer ansehnend voll überzeugt, denn alle Anwesenden der kleinen Versammlung waren zur Mitgliedschaft sofort bereit. Um durch jährliche Beitragszahlung eine hochwertige, vollständige Pflicht zu erfüllen. Es war sehr zu beklagen, daß nur wenig Rammener Frauen diesen aufrüttelnden Vortrag hörten, es würden vielleicht viel mehr hier von der großen Wichtigkeit unserer Kolonialbestrebungen überzeugt worden sein, wenn sie gehört hätten, von wie großer und weittragender Bedeutung unser Kolonialbesitz für uns ist. Man würde dann hier nicht mehr so viel der Unwissenheit über den großen Wert unserer Kolonialwirtschaft begegnen, und vielleicht nicht mehr zur Antwort bekommen, wenn man zur Mitgliedschaft aufgefordert, daß man nähere Aufgaben zu erfüllen hätte. Diese Aufgaben bezüglich unserer Kolonialbestrebungen müssen wir jetzt ebenso nahe liegen wie die hiesigen, wenn wir bedenken, daß uns zu unsern Hemden und andern sehr notwendigen Kleidungsstücken die Baumwolle und Wolle fehlt, sowie die ebenfalls zu unsern Lebensbedürfnissen gehörenden, vielen anderen Produkte fehlen. Haben viele Frauen schon mal ernstlich darüber nachgedacht, woraus Nahrung, was ganz unentbehrlich ist, hergeleitet wird? Woher wir die Baumwolle dazu bekommen? Wie die Frauen hier noch Liebeswerke üben wollen, wenn die Stoffe aus der dazu erforderlichen Baumwolle fehlen? Wollen wir nach dem Kriege wirtschaftlich nicht nur von der Gnade der Engländer und Amerikaner abhängig sein, was ohne Kolonialbesitz für uns einträglich wird und für uns verhängnisvoll

wäre, dann müssen wir unsere Kolonien wieder haben wegen vieler Rohstoffe, die wir in zahlreichen Fällen der Ernährung, Bekleidung und Lebenswirtschaft gebrauchen. Darum lasse man seinen Blick hinaus auf die weite Ferne und lerne Vaterlandsaufgaben erkennen, die zu erfüllen eines jeden Deutschen Pflicht ist, indem er als Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft zum Wiederaufbau unserer Kolonien sein Scherlein beiträgt. Wenn in den nächsten Tagen Antragsformulare mit dem Gesuchen, Mitglied des Kolonialfrauenbundes zu werden, an manche Frauen hier geschickt werden, wird herzlich gebeten, dieselben freundlich und verständnisvoll aufzunehmen, sich mit ihrem Namen als Mitglied mit einer jährlichen Beitragszahlung von 5 Mark darauf einzuschreiben und dann an die Vorsitzende des hiesigen Kolonialfrauenbundes Frau Gehrmann den Mann zurückzuschicken. Auch werden Mitglieds-Anmeldungen, ohne durch Antragsformulare dazu aufgefordert zu sein, gern von der Vorsitzenden entgegengenommen. Das Vaterland ruft, es braucht nach dem Kriege Geld und wieder Geld, sowie unternehmungsfähige, tatkräftige Männer und Frauen für den Wiederaufbau unserer Kolonien, für Neudeutschland. Darum helfe und gebe, indem ihr Mitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft werdet und auch jetzt für die Kolonialkriegerwitwen in Dankbarkeit eine Gabe opfert.

Ramm, 27. Sept. (Verschiedenes.) Beim Kauf ausländischer Ware ist die Frage von besonderem Interesse, wenn man zur Einfuhr der Ware ins Inland eine behördliche Genehmigung notwendig ist, die Beschaffung dieser Einfuhrbewilligung obliegt, dem Verkäufer oder dem Käufer. Es wird in dieser Beziehung wesentlich auf den aus dem Vertragsinhalt und den Umständen des Falles zu entnehmenden Vertragswillen der Parteien ankommen. In einem jetzt entschiedenen Streitfall ist angenommen worden, daß nicht der ausländische Verkäufer, sondern der inländische Käufer für Beschaffung der Einfuhrbewilligung sorgen muß.

Wie das Kriegsberichtsamt mitteilt, dürften die Fleischpreise in der am 27. Oktober dieses Jahres ablaufenden, veranlagten Woche ihr Ende noch nicht gefunden haben. Auch in den Monaten November, Dezember und Januar werden voraussichtlich Fleischpreise im bisherigen Umfang beibehalten werden. Endgültige Beschlässe liegen zurzeit noch nicht vor.

(Auf dem Wege zum Abbau der Zwangswirtschaft.) Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat eine Verordnung erlassen, worin es heißt: Geflügelhalter, die ihre Wirtschaftsgenossenschaft an einem für das Wirtschaftsjahr 1918 erfüllt haben, dürfen weitere aus eigener Geflügelwirtschaft gewonnene Eier (Uberschüsse) unmittelbar an Verbraucher zum Kleinhandelspreis frei abgeben. Ueberschüsse sind bei Ablieferung an die Sammelstelle oder an Käufer des Kommunalverbandes mit einem Zuschlag von 10 Pfg. je Ei zum jeweiligen Erzeugerhöchstpreis zu vergüten. Diese Bestimmungen gelten bis zum 31. Januar 1919.

(Die Bucheckernsammlung.) Die preussischen Staatsforsten sind für jedermann zum Sammeln von Bucheckern frei, soweit nicht für einzelne Forstorte Ausnahmen im Interesse des Forstschutzes angeordnet sind. Die Gemeinde- und Privatwaldungen sind für die öffentlichen Sammlungen mit der gleichen Einschränkung ebenfalls frei. Wemelt der Waldbesitzer die nicht vom Kriegsamt verankerten, also die freien Sammlungen in seinem Wald zulassen will, bleibt seinem Ermessen anbeliegt. Mit der Sammlung wird begonnen, wenn die Bucheckern reif sind. Der freie Sammler tut gut, in Zweifelsfällen sich an den Ortsforstmeister oder den Ortsforstbesitzer zu wenden, dort erfährt er rechtzeitig und am sichersten die Bedingungen des Waldbesitzers und die Ansprüche, die an die waldbesitzenden Bucheckern bei der Ablieferung gestellt werden. Die Buchecker muß gesund, voll entwickelt und äußerlich trocken sein, sie muß frei von allen Unreinigkeiten abgeliefert werden. Der freie Sammler bekommt für das Kilogramm Bucheckern 1,65 M. Außerdem erhält er nach Wahl einen Selbstbezugschein oder einen Schlagbeschein. Ersterer gibt ihm das Recht, 6% der abgelieferten Bucheckernmenge als Speiseöl für seinen eigenen Bedarf zurückzukaufen. Der Schlagbeschein ermöglicht es ihm, die gleiche Menge Bucheckern, die er abgegeben und bezahlt erhalten hat, in einer auf dem Schlagbeschein angegebenen Mühle für seinen Bedarf zu Del schlagen zu lassen. Dem eifrigen Sammler ist damit eine Gelegenheit gegeben, seine Beteiligung an der Bucheckernsammlung sicher zu stellen.

(Zurückführung der 25 Pfg.-Stücke aus Nickel.) Vom 1. Oktober ab gelten die 25 Pfg.-Stücke aus Nickel nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einführung beauftragten Banken niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Bis zum 1. Januar 1919 werden 25 Pfg.-Stücke aus Nickel bei den Reichs- und Landesbanken zu ihrem gesetzlichen Wert in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten und Reichsbanknoten umgetauscht.

Der Verein zur Schiffbarmachung der Ruhr E. V. versendet seinen diesjährigen Geschäftsbericht, aus welchem zu ersehen ist, daß der Verein trotz des Krieges eine recht erfreuliche Entwicklung genommen hat. Die Vorarbeiten für den Ausbau der Ruhr zum Großschiffahrtswege wurden weiter gefördert, neu hinzugekommen sind die Arbeiten zur Schaffung eines einheitlichen Wasserstraßennetzes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Industrie-Ringkanal, über welchen letzthin schon berichtet wurde. Die drei ungefähr parallel laufenden Wasserstraßen des Bezirks, die Röhre, der Rheingarne-Kanal und die Ruhr, haben im Westen bereits einen Anschluß im Großschiffahrtswege des Rheins; nunmehr soll auch eine östliche Querbindung etwa über die Linie Westhofen-Schwerte-Hörde-Dortmund-Köln geschaffen werden. Maßgebend hierfür war der Gedanke, daß für ein in sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, wie es der Industriebezirk darstellt, auch ein eben solches Wasserstraßennetz vorhanden sein muß. Da die Eisenbahn bei uns dem ständig wachsenden Verkehr an Wassergütern nicht gewachsen ist, so soll zu ihrer Entlastung ein leistungsfähiges Kanalnetz geschaffen werden, nachdem der Krieg die frühere Auffassung, die Wasserstraßen seien Konkurrenten der Eisenbahnen, endgültig beseitigt hat.

Ant Bradel, 26. Sept. (Kriegswirtschaftliches.) Die Ausgabe der neuen Zundermarken findet wie folgt statt: Am Donnerstag den 26. Sept., nachm. 2-5 Uhr für die Nr. 1-600; Freitag den 27. Sept., vorm. 8-11 Uhr, Nr. 601-1200; Freitag den 27. Sept., nachm. 2-5 Uhr, für den Rest; Samstag den 28. Sept., nachmittags 4-5 Uhr; Samstag den 28. Sept., nachm. 2-5 Uhr; Sonntag den 29. Sept., nachm. 2-5 Uhr; Sonntag den 29. Sept., vorm. 10-12 Uhr; Sonntag den 29. Sept., nachm. 2-5 Uhr; Sonntag den 29. Sept., vorm. 10-12 Uhr; Sonntag den 29. Sept., nachm. 2-5 Uhr. Wer obige Termine veräumt, kann seine Marken am Sonnabend den 28. Sept., nachm. 2 Uhr, in den bekannten Ausgabestellen abholen.

Delde, 27. September. (Anschüsse der Hamster.) Die „Delde Glode“ schreibt: Wir haben wiederholt über den gewaltigen Umfang des Flaumhamsters in hiesiger Gegend berichtet. Es sei fern von uns, den fremden Leuten es übel nehmen zu wollen, daß sie sich etwas Obst und Brot aus der Gegend holen. Wir sind aber sehr dankbar, wenn sie sich in letzter Zeit bemerkbar gemacht haben. Aus dem Grunde wurde ich schon oft bei herbeigerufen, um die Bewohner einer Gegend Gehörte vor den unehrbaren Belästigungen fremder Hamster zu schützen. Halbwüchsige Burschen waren es vorzugsweise, die die Leute belästigten und bedröhnten, wenn sie das gemästete Obst nicht erließen. Einige verküßten aus Wut, die Obstbäume, andere kletterten ohne Erlaubnis in die Bäume und schüttelten das Obst ab, um damit zu verjähren. Auch aus hiesigem Kirchspiel wurde uns Ähnliches berichtet. Bei Baumern an den Bäumen kletterte ein Hamster am hellen Tage in die Obstbäume, und als das in Hause allein anwesende Fräulein einen vorüberfahrenden Mühlwagen zum Hilfe herbeiholt, schob der freche Bursche mit einem Revolver nach. Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen die Polizei sehr schwer zu tun hat, und wenn darunter auch so mancher harmlose Hamster leiden muß, so mag er sich dafür bei jenen Raubgeiern bedanken.

Quisburg, 27. Sept. Auf der 8. Generalversammlung des christlichen Metallarbeitersverbandes besaß Herr Regierungs- und Gewerberat Simons sich mit dem Vortrag über Arbeiterschutz in der Metallindustrie und hob hervor, daß die Arbeiterschutzgesetze sei es nicht angängig, in der Metallindustrie die Nacharbeit der Frauen und Kinder mit einem Schläge zu bestrafen. Allein im Düsseldorf-Bericht würden dadurch etwa hunderttausend Arbeitskräfte ausfallen. Den Arbeitern für Frauen und Jugendliche hätte man in der Metallindustrie teilweise wohl durchzuführen können. Herr Teufel vom Arbeiterinnensekretariat der christlichen Gewerkschaften trat dafür

Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Kappudausgabe. Die erste Sendung Weizbrot trifft mittels Fuhrer am Sonnabend, den 28. d. Mts., auf dem hiesigen Marktplatz ein. Zur Empfangnahme wollen sich auf dem Marktplatz einfinden: um 8 Uhr vormittags die Inhaber der Bezugscheine Nr. 1 bis 50, um 9 Uhr die Nr. 51 bis 100 und um 10 Uhr die Nr. 101 bis 120. Nachmittags gehen vermutlich weitere Fuhrer ein und werden alsdann die folgenden Nummern öffentlich aufgerufen werden.

Trotz größter Bemühungen waren wir leider nicht in der Lage, Weizbrot oder Weizbrot einzulassen. In Anbetracht dessen ist es sehr zu empfehlen, daß sich die Haushaltungen mit genügenden Mengen Weizbrot eindecken. Auch diejenigen Familien, welche keinen oder nicht genügend Weizbrot bei der Stadt bestellt haben, können solchen erhalten. Es wird deshalb ein neuer Termin zur Bezugseineinlage auf Sonntag, den 29. d. Mts., vorm. von 11 bis 12 Uhr auf dem Lebensmittelamt Haus 5, Zimmer Nr. 3, angesetzt. 2302

Ausgabe von Freibankfleisch. Am Sonnabend, den 28. d. Mts., nachmittags von 3 Uhr ab wird auf der Freibank am städtischen Schlachthof minderwertiges Fleisch an die Inhaber der Bezugsarten 176 bis 334 einschl. verkauft. Der Preis beträgt M. 1,- je Pfund. Es erhalten Familien bis zu zweier Personen 1 Pfund, von 3-5 Personen zwei Pfund, von 6 und mehr Personen 3 Pfund.

ein, daß die Nacharbeit und Ueberstunden für die Arbeiterinnen weitgehende Einschränkung erfahren. Im übrigen sei viel mehr als bisher auf den Schutz der Sittlichkeit hinzuwirken. Eine südbestische Delegierte hob hervor, daß der Satz, für gleiche Arbeit gleicher Lohn, fast durchweg mißachtet wurde. Die Arbeitspreise würden für die weiblichen niedriger gesetzt als für die männlichen. Es folgte dann ein Vortrag des Bezirksleiters Gengler (Stuttgart) über Lehrlingswesen und Lehrlingschutz. Die Lehrlings- und Gesellenprüfungen seien nicht nur für die Industrie einzuführen. Für die aus dem Felde zurückkehrenden ist es notwendig genau so wie für die Stadtmilitär-Ausbildungsstufe einzurichten, damit die jungen Leute Qualitätsarbeit leisten können. In einer Entschließung wird verlangt, daß die durch das Hilfsdienstgesetz eingeführten Arbeiter- und Schlichtungsausschüsse dauernd beibehalten werden. Die Ausschüsse nach Par. 134 der G.-D. seien aufzuheben. Für die Zint- und Metallindustrie sei die Förderung eines erweiterten Arbeiterschutzes, den freien Sonntag und die achtstündige Arbeitszeit. Gegen die Bevorzugung der wirtschaftsfriedlichen Bewegung durch die Werksverwaltungen wendet sich eine weitere Entschließung. Entschieden verurteilt wird, daß die Werksleitung störende Auszahlungen von Geldprämien und die besondere Belieferung der Wirtschaftsfriedlichen mit Lebensmitteln.

Hus aller Welt.

Die Heirat des rumänischen Kronprinzen. Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Dienstag früh trat in Jassy ein Ministerrat zusammen, woran die Präsidenten der Deputiertenkammer und des Senats teilnahmen. Der Ministerrat erteilte dem Ministerpräsidenten einstimmig Vollmacht, dem König die Anschauung der Regierung in der Angelegenheit des Kronprinzen Carol darzulegen. Marghilom wird wahrscheinlich heute vom König in Audienz empfangen.

Eine Schwester erschossen. Ein Soldat des 6. Garde-Infanterie-Bataillons hat dieser Tage die Tochter eines angesehenen Bürgers vor der Tür der ersten Wohnung erschossen. Er habe die junge Dame, die sich als Schwester vom roten Kreuz im Referatsbezirk „Drahschule“ betätigte, kennen gelernt, als er sich dort als Fernunterricht befand. Der Mörder gab nach der Tat einen Schuß auf sich selbst ab und wurde schwerverletzt nach dem Bazar geschafft.

walter war so entsetzt erzürnt, wie ich ihm noch niemals gesehen habe; der alte Baron hatte ihn ja auch sehr beleidigt! Wenn nur Weizen bei dem Morde selbst seine Hand nicht im Spiel gehabt hätte!“ „Mann,“ rief der Justizrat zurückfahrend aus, „beginnen Sie sich auf das, was Sie sprechen! Eine solche, ganz unerwiesene, schwere Beschuldigung gegen einen völlig unbefehlten Herrn kann Sie vor das Schwurgericht bringen!“ „Das weiß ich,“ versetzte der alte Gärtner fest, „und deshalb auch wollte ich es nur Ihnen allein sagen. Aber, Herr Justizrat, ich bin nicht der einzige, der solche Gedanken hegt. Fragen Sie doch einmal den Förster von Wipmannsdorf, Herrn Dormann, dessen Knecht am Tage vor der Morde die Stiefel gestohlen wurden. Herr Gleichen ist den Tag in der Försterei gewesen.“ „Unnütz,“ entgegnete der alte Herr aufgeregt, „weil nichts! Man müßte nicht es dem einfachen Verwalter, daß er jetzt zum Ritterschutzbefugter wurde. Auf diesen Bericht bin kann ich gegen den Angeklagten nicht vorgehen.“ „Das müssen Sie wissen!“ entgegnete Robbe, „Ich habe Ihnen nur gesagt, was ich selbst erlebt habe, und bin jederzeit bereit, meine Aussagen vor Gericht zu beschwören!“ „Gut Nacht, Herr Justizrat!“

Amitt ging der Mann. (Fortsetzung folgt.)

Befiegt.

Roman von E. J. J. J.

(Nachdruck verboten.)

8. Fortsetzung.

Es wurde Guadalupe Gleichen Besitzer des Ritterguts Wipmannsdorf. Am Abend des Tages, an welchem der Kaufvertrag abgeschlossen war, kam zu dem Justizrat Wächter ein alter Mann vom Dorf und versorgte den Herrn unter vier Augen zu sprechen. „Ich bin in das Arbeitszimmer gerufen, in dem auch der Justizrat auch noch der junge Rechtsanwält Lamm verweilt, der dem älteren, geschätzten Kollegen manche Arbeit abnahm und in sehr freundschaftlichen Beziehungen zu ihm stand.“ „Ah, Gärtner Robbe aus Wipmannsdorf!“ rief der Justizrat lebhaft, der schon sehr lange in Stettin war und fast jeden einzelnen Menschen aus den umliegenden Dörfern kannte. „Nun, was haben Sie denn zu Ihrem neuen Herrn?“ „Was nichts, Herr Justizrat,“ antwortete der alte Mann, „denn ich bin nicht mehr Gärtner auf Wipmannsdorf. Herr Gleichen hat mich heute entlassen.“ „Warum denn?“ „Das weiß ich selbst nicht, nur Gott allein, der mich entlassen hat.“ „Aber er hat die geordnete Anwartschaftsumme bar ausgezahlt.“

„Herr Justizrat, ich möchte Ihnen einmal etwas sagen.“

„Erzählen Sie!“

„Robbe war ein zweifelndes Bild auf den jungen Rechtsanwält; dieser griff nach seinem Hut und wollte sich entfernen; der alte Herr aber hielt ihn zurück.“

„Weichen Sie doch! Ihr junger Kopf ist meinem alten immer eine willkommene Unterbrechung, und Sie sind so gut Gerichtsverwalter, wie ich. Nicht wahr, Robbe, der Herr Rechtsanwält Lamm hindert Sie nicht?“

„Der alte Mann drehte verlegen seine Mähne zwischen seinen Händen.“

„Nichts für ungut, Herr Rechtsanwält,“

„Aber die Leute sagen, Sie würden die Tochter von Herrn Gleichen heiraten und da möchte ich es doch lieber nicht sagen.“

Die Eltern des jungen Mannes färbte sich dunkelrot. Diese Vermutung wurde ihm öfter ausgesprochen und sie berührte ihn jedesmal unangenehm. „Das ist keineswegs der Fall!“ sagte er kurz. „Ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Deshalb können Sie sprechen, was Sie wollen!“

„Nun, dann werde ich sprechen. Herr Justizrat,“ wandte er sich an Wächter, „Herr Gleichen hat heute das Gut gekauft. Wobon denn eigentlich? Er war kein reicher Mann!“

„Aber er hat die geordnete Anwartschaftsumme bar ausgezahlt.“

„Das glaube ich. Als der alte Herr ermordet wurde, sind doch Wertpapiere in seinem Besitz gewesen, und das würde Gleichen ganz genau!“

Der Justizrat schüttelte den Kopf.

„Er ist reichlich, Robbe, weil Herr Gleichen Sie entlassen hat. Das ist nicht hübsch von Ihnen.“

„Ich bin nicht reichlich, Herr Justizrat. Ich wäre heute doch zu Ihnen gekommen und hätte Ihnen das gesagt, was ich zu sagen habe, auch wenn ich im Dienst geblieben wäre. Ich wäre wahrscheinlich dann von selber gegangen, denn ich bin ein alter Mann, die Gartenarbeit wird mir schon schwer und Herr Gleichen strengt seine Leute fürchterlich an. Aber nun hören Sie!“

Und er erzählte den beiden Juristen Wort für Wort die Unterredung welche an jenem Herbstabend zwischen dem alten Baron und seinem Verwalter stattgefunden hatte.

„So wahr mir Gott helfe, es ist die lautere Wahrheit!“ schloß er feierlich.

„Aber, meinen Sie, hätte Herr Gleichen die Wertpapiere, von denen Erhellung er also bestimmt gemußt hat, in der allgemeinen Verwertung, die das Verbrechen verursachte, an sich genommen oder, auf Deutsch, gestohlen?“ fragte der Justizrat.

Der Gärtner zögerte, endlich sagte er leise: „Es ist ein fürchterlicher Gedanke, aber er kommt mir jedesmal, wenn ich an die Unterredung zwischen den beiden zurückdenke. Der Herr

Justizrat, ich möchte Ihnen einmal etwas sagen.“

„Erzählen Sie!“

„Robbe war ein zweifelndes Bild auf den jungen Rechtsanwält; dieser griff nach seinem Hut und wollte sich entfernen; der alte Herr aber hielt ihn zurück.“

„Weichen Sie doch! Ihr junger Kopf ist meinem alten immer eine willkommene Unterbrechung, und Sie sind so gut Gerichtsverwalter, wie ich. Nicht wahr, Robbe, der Herr Rechtsanwält Lamm hindert Sie nicht?“

„Der alte Mann drehte verlegen seine Mähne zwischen seinen Händen.“

„Nichts für ungut, Herr Rechtsanwält,“

„Aber die Leute sagen, Sie würden die Tochter von Herrn Gleichen heiraten und da möchte ich es doch lieber nicht sagen.“

Die Eltern des jungen Mannes färbte sich dunkelrot. Diese Vermutung wurde ihm öfter ausgesprochen und sie berührte ihn jedesmal unangenehm. „Das ist keineswegs der Fall!“ sagte er kurz. „Ich gebe Ihnen mein Wort darauf. Deshalb können Sie sprechen, was Sie wollen!“

„Nun, dann werde ich sprechen. Herr Justizrat,“ wandte er sich an Wächter, „Herr Gleichen hat heute das Gut gekauft. Wobon denn eigentlich? Er war kein reicher Mann!“

„Aber er hat die geordnete Anwartschaftsumme bar ausgezahlt.“

